

# BuT in der Präventionskette

*Kommunale Handlungsspielräume zur Stärkung der Inanspruchnahme, stigmatisierungsfreien Nutzbarkeit und der Integration in umfassender genutzte Teilhabesettings*

Prof. Dr. Kai Marquardsen (FH Kiel)

AG-Vortrag beim Lernnetzwerktreffen in Essen am  
4. September 2018

# Vorgehen

- Ausgangsfrage: Sind die Bildungs- und Teilhabeleistungen präventiv?
- Hintergrund: bundesweite Evaluation der BuT-Leistungen
- Was beeinflusst Prävention?
- Empfehlungen aus der Evaluationsstudie
- Was ist seitdem passiert?
- Fazit: BuT in der Präventionskette
- Diskussion

# Ausgangsfrage: Sind die Bildungs- und Teilhabeleistungen präventiv?

- Vorläufige Antwort: Theoretisch ja, praktisch... eventuell

# Ausgangsfrage: Sind die Bildungs- und Teilhabeleistungen präventiv?

## Theoretisch ja...

- *Teilhabe* als neue Zielbestimmung in den existenzsichernden Leistungssystemen
- Amartya Sen: Befähigung, das Leben führen zu können, für das man sich nach gründlicher Abwägung entscheidet.
- Teilhabe setzt Wahlmöglichkeiten voraus!
- Nicht nur Vermeidung von bestehender Ausgrenzung, sondern zukünftige Chancen einer selbstbestimmten Lebensführung.
- Im Kontext existenzsichernder Leistungen: künftige Unabhängigkeit von Grundsicherungsleistungen fördern.

# Ausgangsfrage: Sind die Bildungs- und Teilhabeleistungen präventiv?

## Praktisch... eventuell... (1)

- Nur Teil der Leistungen hat präventiven Charakter:
  - Am sozialen Leben Gleichaltriger teilzuhaben, zielt zunächst ‚nur‘ auf Vermeidung von Ausgrenzung.
  - Möglich: indirekter Präventionseffekt durch Zugänge zu gemeinschaftlichen Aktivitäten und positive Teilhabenerfahrungen.
  - Lernförderung kann direkt auf *zukünftige Teilhabe* zielen, wenn sie nicht nur Sitzenbleiben verhindern will.
- Über (berechtigte) Kritik an Konstruktionsfehlern hinaus: Es kommt darauf an, wie die BuT-Leistungen in kommunalen Leistungssystemen umgesetzt und eingebettet sind!

# Ausgangsfrage: Sind die Bildungs- und Teilhabeleistungen präventiv?

## Praktisch... eventuell... (2)

- Besonderheiten bei der Implementation:
  - Musste in kurzer Zeit in ein bestehendes kommunales Leistungssystem eingepasst werden.
  - Widerspruch zu anspruchsbegründenden Leistungen: Nicht Sparsamkeit, sondern Ausschöpfen der Mittel
  - Hinwirkungsgebot: Kooperation mit Anbietern und offensive Information und Unterstützung der Leistungsberechtigten
- Folge: bunter Flickenteppich der kommunalen Ausgestaltung

# Hintergrund: Die Evaluationsstudie

- Auftraggeber: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
- Laufzeit: 2013-2016
- Drei Teilprojekte
  - Messung des Erfüllungsaufwands (Statistisches Bundesamt)
  - Auswertung des PASS-Datensatzes (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)
  - Qualitative Implementationsanalyse (Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen u.a.)
    - Bundesweite Online-Erhebung (2013)
    - Erhebungen für 29 Fallstudien: Gespräche mit Leistungsstellen, Anbietern, Dritten (2014, 2015) und Interviews mit leistungsberechtigten Haushalten (2015)
    - Online-Befragung von Leistungsanbietern (2015)
    - Befragung zuständiger Landesministerien (2015)
  - Abschlussbericht ist 2016 erschienen.

# Was beeinflusst Prävention?

- Konstruktion der BuT-Leistungen:
  - Leistungen als Teil eines versäulten Leistungssystems,
  - Verfahren (z.B. Antragserfordernis, Nachweise),
  - Höhe der Leistungen
- Umsetzung der BuT-Leistungen – Nutzung von Spielräumen:
  - Aufbauorganisation: aufgabenintegriert vs. spezialisiert und rechtskreisübergreifend,
  - Verwaltungsverfahren: Einzelantrag mit Einzelnachweisen vs. konkludente Verfahren,
  - Information und Hinwirkung: Sparflamme vs. offensive und anhaltende Information und Beratung,
  - Abbau früherer kommunaler Leistungen vs. Integration in ein vorhandenes kommunales Leistungsprogramm.
- Wichtige Gründe für Nicht-Beantragung: Nicht-Wissen, Angst vor Offenbarung und Kosten-Nutzen-Abwägungen.

# Einige Empfehlungen der Studie (1)

Adressiert werden hier nur Landes- und kommunale Ebene: Was kann hier getan werden?

- Aufgabenbezogene Spezialisierung und rechtskreisübergreifende Konzentration,
- BuT als eigenständige Leistung ausgestalten *und* in ein vorhandenes kommunales Hilfesystem integrieren,
- Hinwirkung bei Anbietern und Leistungsberechtigten als kontinuierliche Aufgabe,
- Zielgruppenadäquate Ansprache wählen (auch: Haushalte, bei denen BuT bedarfsauslösend wirkt!),

# Einige Empfehlungen der Studie (2)

- Globalantrag mit konkludenter Konkretisierung oder konkludente Antragstellung,
- Nachweispflichten auf Minimum reduzieren,
- Erstattung von Vorleistungen ermöglichen,
- ÖPNV nicht nur für Schulbesuch fördern,
- Lernförderung breiter fassen: aufstiegsorientierte Lernziele akzeptieren.

# Was ist seitdem passiert?

- Bundesebene: keine grundlegenden Änderungen
- Kommunale Ebene:
  - Tendenz zu zentralisierten Lösungen,
  - Tendenz zu Kartensystemen.
  - Aber: Viele Kommunen sehen Etablierung von BuT-Leistungen inzwischen abgeschlossen an und fahren Aktivitäten zurück.
  - Bedarfsauslösung durch BuT spielt nach wie vor fast gar keine Rolle!

# Fazit: BuT in der Präventionskette

- Fraglich, ob und inwieweit BuT die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern- und Jugendlichen nachhaltig positiv beeinflusst.
- BuT-Leistungen bleiben isolierte Maßnahmen, wenn...
  - Erfahrung von Nicht-Teilhabe im Haushalt weiter dominant bleibt und
  - sie nicht mit weitergehenden Strategien und Mitteln der kommunalen Teilhabepolitik verknüpft werden.
- Kommunen machen nicht per se die bessere Sozialpolitik und sollten nicht zum Lückenbüßer für Sozialpolitik auf Bundesebene werden, aber: sie können vorhandene Spielräume nutzen, um Sozialpolitik ‚besser‘ zu machen.
- BuT-Leistungen können einen Beitrag zu den kommunalen Präventionszielen leisten: vorhandene Mittel sinnvoll für die Verwirklichung der eigenen Präventionsziele mobilisieren und die rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten voll ausschöpfen!

**Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!**

Kontakt: [kai.marquardsen@fh-kiel.de](mailto:kai.marquardsen@fh-kiel.de)

# Diskussion

- Gibt es unmittelbare Verständnisfragen zum Gesagten?
- Wo leisten BuT-Leistungen in der Praxis einen sinnvollen Beitrag zur Präventionsarbeit?
- Wo erweisen sich BuT-Leistungen für Präventionsarbeit in der Praxis als unbrauchbar?
  - Gibt es hier alternative Ressourcen, auf die zurückgegriffen werden kann?
  - Was müsste – unterhalb des ‚großen Politik‘ – getan werden, um solche Ressourcen verfügbar zu machen?